



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 2.5.2024
C(2024) 3132 final

Herr Minister
Lars Løkke Rasmussen
Dänisches Ministerium für
auswärtige Angelegenheiten
Asiatisk Plads 2
DK – 1448 Kopenhagen

Betreff: Notifizierung 2024/54/DK

**Entwurf eines Gesetzes über den Beitrag bestimmter
Mediendiensteanbieter zur Förderung der dänischen Kultur
(Kulturbeitragsgesetz)**

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535¹ haben die dänischen Behörden der Kommission am 2. Februar 2024 den „Entwurf eines Gesetzes über den Beitrag bestimmter Mediendiensteanbieter zur Förderung der dänischen Kultur (Kulturbeitragsgesetz)“ (der notifizierte Entwurf) übermittelt. Bei dieser Notifizierung handelt es sich um eine neue Notifizierung nach der Notifizierung der vorherigen Fassung des Gesetzentwurfs vom 29. September 2023, die die Kommission am 20. Dezember 2023 zur Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 veranlasste (2023/0562/DK). Aus einem der Notifizierung beigefügten Vermerk („Vermerk – Der dänische Kulturbeitrag“, Vermerk zum Beitrag) geht hervor, dass die dänischen Behörden diese Bemerkungen berücksichtigt haben.

Gemäß der Notifizierungsmitteilung der dänischen Behörden dient der notifizierte Entwurf „der Umsetzung von Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/1808² [...]“

¹ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (kodifizierter Text), ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

² Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle

durch die Einführung einer Kulturbeitragsregelung für Anbieter audiovisueller Mediendienste (AVMD) auf Abruf mit Sitz in Dänemark oder einem anderen EU-Mitgliedstaat, die sich an Zielgruppen in Dänemark wenden“.

Die Anbieter audiovisueller Mediendienste auf Abruf im Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs sind Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne von Artikel 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535.

Mit dem notifizierten Entwurf soll von der Möglichkeit nach Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie 2010/13/EU in der Fassung der Richtlinie (EU) 2018/1808 (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, nachstehend „AVMD-Richtlinie“) Gebrauch gemacht werden, dass ein Mitgliedstaat Mediendiensteanbieter, die auf Zuschauer in ihrem Gebiet abzielen, aber in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen sind, (im Folgenden „grenzüberschreitende Anbieter“) zur Leistung solcher Beiträge verpflichtet, die verhältnismäßig und diskriminierungsfrei sein müssen. Mit dem notifizierten Entwurf soll ferner Artikel 13 Absatz 6 der AVMD-Richtlinie umgesetzt werden, der verbindliche Ausnahmen von der möglichen Anforderung nach Artikel 13 Absatz 2 für Unternehmen mit geringen Umsätzen oder geringen Zuschauerzahlen vorsieht.

Gemäß § 2 gilt der notifizierte Entwurf für in Dänemark niedergelassene Mediendiensteanbieter, die audiovisuelle Mediendienste auf Abruf anbieten, sowie für Mediendiensteanbieter mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat, die audiovisuelle Mediendienste auf Abruf für Zielgruppen in Dänemark bereitstellen. Gemäß §2 Absatz 3 des notifizierten Entwurfs gilt die Bestimmung nicht für Mediendiensteanbieter, deren Jahresumsatz weniger als 15 Mio. DKK³ beträgt oder deren Zuschauerzahl weniger als 1 % der Gesamtzahl der Nutzer audiovisueller Mediendienste auf Abruf auf dem dänischen Markt darstellt. Darüber hinaus gilt die Bestimmung auch nicht für Mediendienste, die „im Rahmen der Ausübung öffentlich-rechtlicher Tätigkeiten“ von in Dänemark oder anderen Mitgliedstaaten niedergelassenen Anbietern erbracht werden (§ 2 Absatz 4 des notifizierten Entwurfs). Der Ausschluss öffentlich-rechtlicher Mediendiensteanbieter wurde von den dänischen Behörden in dem Vermerk zum Beitrag gerechtfertigt, indem auf ihre bereits weitreichenden Verpflichtungen hingewiesen wurde, im Rahmen ihres öffentlich-rechtlichen Auftrags in dänische Inhalte zu investieren und diese zu verbreiten. In jedem der letzten drei Jahre hätte jeder der beiden bestehenden öffentlich-rechtlichen Mediendiensteanbieter mindestens 114 Millionen EUR in dänische Inhalte investiert, Sport- und Nachrichtenprogramme nicht eingerechnet.

Alle Mediendiensteanbieter, die audiovisuelle Mediendienste auf Abruf erbringen, außer diejenigen, die nach § 2 Absatz 3 des notifizierten Entwurfs befreit sind, haben einen jährlichen Beitrag („Kulturbeitrag“) in Höhe von 2 % ihres steuerpflichtigen Umsatzes in Dänemark zu entrichten (§ 4 Absatz 1 des notifizierten Entwurfs). Mediendiensteanbieter, die in Dänemark weniger als 5 % ihres steuerpflichtigen Umsatzes direkt in „neue dänische Inhalte“ investieren, zahlen zusätzlich zu dem Beitrag von 2 % einen jährlichen Beitrag von 3 % ihres steuerpflichtigen Umsatzes in Dänemark (§ 4 Absatz 2). Die Einnahmen aus dem Kulturbeitrag (nach Abzug bestimmter Elemente) werden zwischen dem öffentlich-rechtlichen Fonds und den anderen Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts aufgeteilt; der Kulturminister kann die

Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten.

³ 15 Mio. DKK entsprechen etwas mehr als 2 Mio. EUR.

Modalitäten dieser Zuteilung festlegen (§ 6). Laut einer Begründung, die dem notifizierten Entwurf beigelegt ist, wird erwartet, dass ein Anteil von 20 % dem öffentlich-rechtlichen Fonds und 80 % den anderen Beihilferegelungen zugeteilt wird. Die dänischen Behörden haben in ihren Antworten auf die ergänzenden Fragen der Kommission in der vorherigen Notifizierung erläutert, dass die Begründung „von der dänischen Verwaltung als Primärquelle der Auslegung bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften verwendet“ wird; weiter hieß es darin: „Das dänische Gericht wird die Begründung als Grundlage für seine Rechtsprechung heranziehen.“

Der steuerpflichtige Umsatz wird in § 3 Absatz 4 des notifizierten Entwurfs definiert als „Bruttoeinnahmen eines Mediendienstanbieters in Dänemark, die sich aus der Bereitstellung audiovisueller Inhalte durch den audiovisuellen Mediendienst auf Abruf ergeben“, ohne „Einnahmen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Sport- oder Nachrichtenprogrammen, Einnahmen aus linearen Programmen, die über den audiovisuellen Mediendienst auf Abruf bereitgestellt werden, und Einnahmen aus der Umverteilung der audiovisuellen Mediendienste auf Abruf anderer Mediendienstanbieter“.

Der Ausschluss kommerzieller linearer Mediendienste von der Beitragspflicht und der Abzug der Einnahmen aus linearen Programmen wurden von den dänischen Behörden in dem Vermerk zum Beitrag mit dem Hinweis auf eine durchschnittliche Investition in dänische Inhalte von etwa 13 % des jährlichen Gesamtumsatzes durch die beiden großen kommerziellen Anbieter pro Jahr gerechtfertigt.

Der notifizierte Entwurf enthält als Datum des Inkrafttretens den 1. Juli 2024. Der Kulturbeitrag soll erstmals 2025 auf der Grundlage der Erklärungen der Mediendienstanbieter über den steuerpflichtigen Umsatz in Dänemark für 2024 fällig werden.

Gemäß § 4 Absätze 3 und 4 des notifizierten Entwurfs gilt eine Investition in neue dänische Inhalte als getätigt, wenn mindestens 75 % des Produktionsmaterials für neue europäische Filme, Serien oder Dokumentarfilme auf Dänisch ist. Darüber hinaus muss mehr als die Hälfte eines Produktionsbudgets in Dänemark ausgegeben werden oder mehr als die Hälfte der Aufnahmen einer Produktion muss physisch in Dänemark stattfinden.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs, die sich auf den der Kommission am 2. Februar 2024 vorgelegten Text beschränkt, hat die Kommission veranlasst, folgende Bemerkungen abzugeben.

1. Zum Ausschluss linearer audiovisueller Mediendienste von der Beitragspflicht

Gemäß dem notifizierten Entwurf gilt die Beitragspflicht nur für Mediendienstanbieter, die audiovisuelle Mediendienste auf Abruf anbieten. Wie die dänischen Behörden in dem Vermerk zum Beitrag klargestellt haben, umfasst dies kommerzielle Fernsehveranstalter, die (auch) audiovisuelle Mediendienste auf Abruf anbieten, jedoch nur in Bezug auf die Einnahmen aus Abrufdiensten. Andererseits unterliegen, wie oben beschrieben, Einnahmen aus linearen Programmdiensten, die über einen audiovisuellen Mediendienst auf Abruf bereitgestellt werden, nicht der Beitragspflicht.

Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der von den dänischen Behörden vorgelegten Daten über den derzeitigen Umfang der Investitionen kommerzieller Fernsehveranstalter in dänische Inhalte ist die Kommission der Auffassung, dass der Ausschluss linearer audiovisueller Mediendienste von der Beitragspflicht nicht als diskriminierend angesehen werden sollte.

2. Über den Beitrag zum öffentlich-rechtlichen Fonds und zu den anderen Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts

Wie bereits erwähnt, zahlen Mediendienstanbieter, die audiovisuelle Mediendienste auf Abruf anbieten, gemäß den §§ 4 und 6 des notifizierten Entwurfs einen jährlichen Beitrag in Höhe von 2 % ihres steuerpflichtigen Umsatzes in Dänemark, der dann dem öffentlich-rechtlichen Fonds und den anderen Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts zugeteilt wird. Wenn sie sich dafür entscheiden, weniger als 5 % ihres steuerpflichtigen Umsatzes in „neue dänische Inhalte“ zu investieren, müssen sie weitere 3 % ihres steuerpflichtigen Jahresumsatzes beitragen. In der Begründung heißt es, dass die Dienstleistungen, die verpflichtet sind zu diesen Fonds beizutragen, in nichtdiskriminierender Weise von der von ihnen bereitgestellten Unterstützung profitieren können.

Nach der ständigen Rechtsprechung können Maßnahmen, die den freien Dienstleistungsverkehr betreffen, gerechtfertigt sein, wenn sie ein berechtigtes öffentliches Interesse wie die Vielfalt der Kulturen und Sprachen verfolgen. Insbesondere in Anbetracht der Verpflichtung, die Produktion europäischer Werke zu finanzieren, hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) entschieden⁴, dass der Schutz der sprachlichen Vielfalt Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs rechtfertigen kann, solange die nationalen Maßnahmen verhältnismäßig sind. Während das Urteil Verpflichtungen von Anbietern betraf, die der Rechtshoheit des Mitgliedstaats unterliegen, geht die Kommission davon aus, dass dasselbe Ziel auch in Bezug auf die Verpflichtungen geltend gemacht werden kann, die grenzüberschreitend tätigen Anbietern auferlegt werden, einen finanziellen Beitrag zu europäischen Werken zu leisten. Dies setzt jedoch voraus, dass die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Verhältnismäßigkeit beachtet werden.

In einem der Notifizierung beigefügten Vermerk („Vermerk zu den derzeitigen dänischen Filmbeihilferegelungen und dem öffentlich-rechtlichen Fonds“, Vermerk zu den Beihilferegelungen) wird erklärt, dass der öffentlich-rechtliche Fonds Werke auf Dänisch unterstützt und dass die anderen Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts ebenfalls auf eine Filmproduktion beschränkt sind, die einen „besonderen künstlerischen und/oder technischen Beitrag zur Förderung der Kinematographie und Filmkultur in Dänemark“ leistet. Dies bedeutet, dass „die Filmproduktion auf Dänisch oder in einer dänischen Fassung aufgezeichnet wird und/oder dass die wichtigsten kreativen Kräfte und/oder technischen Funktionen der Filmproduktion unabhängig von der Staatsangehörigkeit und der ethnischen Herkunft in Dänemark ansässig sein oder sich dauerhaft in Dänemark aufhalten oder anderweitig eine wesentliche und bedeutende Verbindung zur und/oder Bedeutung für die dänische Kinematographie oder Filmkultur haben“.

⁴ Urteil vom 5. März 2009, *Unión de Televisións Comerciales Asociadas (UTECA) gegen Administración General del Estado*, C-222/07, EU:C:2009:124;

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich die Bewertung der Kommission nur auf den notifizierte Entwurf beziehen kann. Dies beinhaltet nicht die Begleitdokumente, einschließlich derjenigen, die die Bedingungen der Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts enthalten oder sich darauf beziehen. In diesem Zusammenhang möchte die Kommission lediglich klarstellen, dass die Vereinbarkeit der Regelungen mit dem staatlichen Beihilferecht, worauf die dänischen Behörden hingewiesen haben, eine andere Angelegenheit ist als die Frage, ob die Beitragspflicht mit der AVMD-Richtlinie vereinbar ist. Nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV müssen die Mitgliedstaaten die Kommission von jeder beabsichtigten Gewährung von Beihilfen unterrichten und dürfen die geplanten Maßnahmen erst durchführen, wenn die Kommission einen abschließenden Beschluss über diese Maßnahmen erlassen hat. Am 26. Februar 2024 meldeten die dänischen Behörden den Kulturbeitrag gemäß Artikel 108 Absatz 3 AEUV der Kommission.⁵

3. Über Investitionen in „neue dänische Inhalte“

Gemäß § 4 des notifizierte Entwurfs kann der zusätzliche Beitrag von 3 % des steuerpflichtigen Jahresumsatzes vermieden werden, wenn der Mediendiensteanbieter mindestens 5 % seines steuerpflichtigen Umsatzes in Dänemark in „neue dänische Inhalte“ investiert.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Artikel 13 Absatz 2 der AVMD-Richtlinie sich auf die finanzielle Unterstützung für die Produktion europäischer Werke bezieht und keine vergleichbare Bestimmung über die finanziellen Verpflichtungen für die Produktion nationaler audiovisueller Werke enthält. Ebenso enthält die AVMD-Richtlinie keine Bestimmung über die Zweckbindung eines Teils oder aller relevanten Einnahmen für Werke in der Amtssprache eines Mitgliedstaates oder die in gewissem Umfang in dem jeweiligen Mitgliedstaat produziert werden.

Die Kommission stellt fest, dass wenn der Mediendiensteanbieter gemäß den Bestimmungen des notifizierte Entwurfs die „Grundgebühr“ von 2 % zahlt und zusätzlich mindestens 5 % seines steuerpflichtigen Umsatzes in „neue dänische Inhalte“ investiert, seine Gesamtinvestition 7 % des steuerpflichtigen Jahresumsatzes in Dänemark beträgt. Diese Schwelle ist (geringfügig) höher als diejenige, die nach der zitierten Rechtsprechung als verhältnismäßig angesehen wurde⁶. Im Gegensatz zu der Regelung, die von der Rechtsprechung als verhältnismäßig angesehen wurde, ist jedoch kein Teil der Investition für „europäische Werke“ bestimmt, sondern ausschließlich für „neue dänische Inhalte“ und für Werke, die aus dem öffentlich-rechtlichen Fonds und den anderen Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts finanziert werden, was sich auf dänische Werke oder auf Werke bezieht, die einen „besonderen künstlerischen und/oder technischen Beitrag zur Förderung der Kinematographie und Filmkultur in Dänemark“ leisten, wie zuvor erwähnt.

Die Kommission erinnert daran, dass der EuGH die zulässigen Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs, wie oben dargelegt, eng ausgelegt hat. In diesem Zusammenhang verweist die Kommission auf ihre Bemerkungen zur TRIS-Referenz 2023/0562/DK. Dort hatte die Kommission insbesondere darauf hingewiesen,

⁵ Rechtssache SA.112857.

⁶ In der oben zitierten Rechtssache C-222/07 *Uteca* sah das betreffende spanische Gesetz eine Investition in Höhe von 5 % der Betriebseinnahmen in europäische Werke vor, wobei 60 % dieser Investition für Werke in einer der Amtssprachen des Königreichs Spanien bestimmt sein mussten.

dass der ursprünglich vorgesehene hohe Anteil (75 %) audiovisueller Werke mit Dänisch als Hauptsprache, die von der Investitionspflicht profitieren, nach den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gerechtfertigt und verhältnismäßig sein müsste. Die Kommission war der Auffassung, dass die Verhältnismäßigkeit einer so hohen Schwelle von audiovisuellen Werken mit Dänisch als Hauptsprache eine zusätzliche Begründung erfordern würde.

Die dänischen Behörden haben den Begriff „neue dänische Inhalte“ im neuen notifizierten Entwurf wie oben dargelegt geändert. In dem Vermerk zum Beitrag vergleichen sie die Schwelle für Direktinvestitionen von 5 % für neue dänische Inhalte mit der Schwelle von 3 %⁷, die für Werke in einer der Sprachen Spaniens bestimmt waren, in der vom EuGH entschiedenen Rechtssache. In diesem Zusammenhang rechtfertigen sie ihre höhere Schwelle, indem sie auf die Situation eines kleineren Marktes wie des dänischen verweisen: Auf einem kleinen Markt müssten Investitionen einen höheren Prozentsatz des Jahresumsatzes ausmachen, um den gleichen Output in Bezug auf hochwertige Inhalte zu erzielen wie auf einem größeren Markt.

Sollte dieses Argument so gemeint sein, dass der Jahresumsatz auf einem kleinen Markt geringer ist als der Jahresumsatz auf einem größeren Markt und daher ein höherer Prozentsatz für die Herstellung hochwertiger Inhalte erforderlich ist, könnte es grundsätzlich verstanden werden. Aber selbst in diesem Fall müsste die Schwelle von 3 % eher mit der Schwelle von 7 % verglichen werden. Denn im Gegensatz zu der Regelung, die nach der Rechtsprechung als verhältnismäßig angesehen wurde, ist kein Teil der Investition für „europäische Werke“, sondern für „neue dänische Inhalte“ und für Werke bestimmt, die aus dem öffentlich-rechtlichen Fonds und den anderen Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts finanziert werden. Die Finanzierungsbedingungen der Beihilferegelungen des dänischen Filminstituts, die hier jedoch nicht beurteilt werden können, beziehen sich nicht auf europäische Werke, weisen aber nach der Beschreibung der dänischen Behörden einen engen Zusammenhang mit der dänischen Sprache und Dänemark auf. So gesehen würde die Schwelle doppelt so hoch sein wie in der Rechtssache *UTECA*. Darüber hinaus kommt nur eine Investition in „neue“ Filme, Serien oder Dokumentarfilme für die Erfüllung der Direktinvestitionspflicht infrage, was die Freiheit der betreffenden Mediendiensteanbieter weiter einschränkt. Vor dem Hintergrund des Wortlauts und des Ziels von Artikel 13 Absatz 2 der AVMD-Richtlinie zur Förderung europäischer Werke möchte die Kommission die dänischen Behörden daran erinnern, dass ein so hoher Anteil dänischer Inhalte (100 %), die im Vergleich zu europäischen Werken von Investitionsverpflichtungen profitieren, im Hinblick auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union gerechtfertigt und verhältnismäßig sein muss. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Verhältnismäßigkeit dieser Entscheidung für eine Investitionsverpflichtung, die sich ausschließlich auf „neue dänische Inhalte“ im Sinne des notifizierten Entwurfs bezieht, im Gegensatz zu einer Investitionsverpflichtung, die nur einen Teil der gesamten Investitionsverpflichtungen für europäische Werke für solche Inhalte vorsieht, eine zusätzliche Begründung erfordern würde.

Diese Einschätzung wird nicht wesentlich durch die Erklärung der dänischen Behörden in dem Vermerk zum Beitrag beeinflusst, die sich darauf bezieht, wann Investitionen als Investitionen in dänische Inhalte gelten: „Die Anforderung, dass 75 % des

⁷ 60 % von 5 %, siehe Fußnote 7 oben.

Produktionsmaterials auf Dänisch sein müssen, sollte unter Berücksichtigung der Tatsache betrachtet werden, dass es nicht ungewöhnlich ist, wenn bedeutende Teile der Produktionen für ein dänisches Publikum in anderen Sprachen vorliegen.“ Diese Erläuterung enthält keine ungefähre Konkretisierung des Prozentsatzes der Werke mit einer solchen Sprachenregelung. Die Kommission ist ferner der Ansicht, dass ein solcher Prozentsatz schwer messbar und folglich nur schwer zu überwachen ist. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass nicht jedes Werk geeignet erscheint, in mehr als einer Sprache produziert zu werden, was den Prozentsatz in der Praxis weiter erhöhen könnte. Darüber hinaus wird ein Werk, das sein Produktionsmaterial zu 75 % auf Dänisch haben muss, vom Publikum wahrscheinlich ebenso als dänisches Werk wahrgenommen wie ein Werk, dessen einzige Sprache Dänisch ist.

Dies wird durch die zusätzliche Bedingung verschärft, dass mehr als die Hälfte eines Produktionsbudgets in Dänemark ausgegeben werden muss oder mehr als die Hälfte der Aufnahmen einer Produktion physisch in Dänemark stattfinden muss (Territorialitätsbedingung), um als „neue dänische Inhalte“ zu gelten. Die vorherige Notifizierung, nach der wirtschaftliche Kriterien für die verbleibenden 25 % der Werke galten⁸, veranlasste die Kommission bereits zu der Bemerkung, dass eine zusätzliche Begründung erforderlich wäre. Im neuen notifizierten Entwurf wird nun die Territorialitätsbedingung auf alle Werke angewandt – zusätzlich zur sprachlichen Anforderung. Die dänischen Behörden begründen die Territorialitätsbedingung mit Hinweis auf die Mitteilung der Kommission über staatliche Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke⁹, die Varianten der Bedingung enthalten würde. Diese Mitteilung ist jedoch im vorliegenden Fall nicht anwendbar, da die fragliche Investition in „neue dänische Inhalte“ offenbar nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 107 Absatz 1 AEUV fällt. Dennoch ist im Rahmen des staatlichen Beihilferechts die Anforderung eines Mitgliedstaats, dass die Produktionstätigkeit im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats bis zu 50 % des gesamten Produktionsbudgets betragen muss, akzeptabel. „Bis zu 50 %“ ist jedoch genau das Gegenteil von „mehr als die Hälfte“.

Folglich hält die Kommission die Kombination der beiden Anforderungen, die jetzt für alle Werke gelten würden, die als „neue dänische Inhalte“ eingestuft werden sollen, im Hinblick auf den freien Dienstleistungsverkehr für noch problematischer als die erste Fassung des Gesetzentwurfs und ist der Auffassung, dass dieser Ansatz eine zusätzliche Begründung seitens der dänischen Behörden erfordern würde.

Die Kommission fordert die dänischen Behörden auf, die obigen Bemerkungen zu berücksichtigen, und erinnert die dänischen Behörden daran, dass diese Bemerkungen das laufende Verfahren nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV unberührt lassen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.

⁸ Laut der vorherigen Notifizierung hätte der Mediendiensteanbieter mindestens eines der drei Kriterien erfüllen müssen, nämlich: 1) mehr als die Hälfte des Produktionsbudgets hätte in Dänemark ausgegeben werden müssen, 2) die Filmaufnahme der Produktion hätte physisch in Dänemark erfolgen müssen oder 3) die Produktion hätte von einer Produktionsgesellschaft mit Sitz in Dänemark durchgeführt werden müssen oder die zentralen kreativen oder technischen Aufgaben hätten von in Dänemark ansässigen oder wohnhaften Personen ausgeführt werden müssen.

⁹ 2013/C 332/01 vom 15. November 2013.

Hochachtungsvoll,

Für die Kommission

Kerstin Jorna
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU